



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 08.11.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Handtmann

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

zeitw.

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Buttschardt

zeitw.

Herr Stadtrat Herzhauser

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Bauer, Bauverwaltungsamt

Herr Brugger, Bauverwaltungsamt

Herr Fessler, Ordnungsamt

Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt

Frau Leonhardt, Kämmereiamt

Herr Maucher, Umweltschutz

Frau Stolz, Schriftführung

Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus

entschuldigt:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Etzinger
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Rieger

Gäste:

Herr Mäule, Schwäbische Zeitung

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Fortführung des Präsenzdienstes	198/2007
2.	Verschiedenes: Baumaßnahmen IZBB	

Die Mitglieder wurden am 31.10.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 06.11.07 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 198/2007 zur Vorberatung vor.

OB Fettback führt aus, dass es um gefühlte Sicherheit gehe, um Lebensqualität. Es gehe nicht um ein Beschäftigungsmodell. Man befinde sich hier an der Grenze zwischen kommunaler Aufgabe und Aufgabe der Polizei. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Präsenzdienst seien eine Erfolgsgeschichte. Die Vorlage bringe dies auf den Punkt. Er dankt der Verwaltung, der Polizei und dem Dornahof für die gute Zusammenarbeit.

StR Dullenkopf ist der Meinung, dass Sicherheit durch Prävention eine originäre Aufgabe der Kommune sei. Man begrüße die Tätigkeit des Präsenzdienstes, sehe aber auch die Schwierigkeit dahinter, dass man kommerziellen Anbietern etwas wegnehme. Er bittet um Information über das Prozedere der Auszahlung. Ansonsten stimme die CDU-Fraktion der Vorlage zu.

StR Lemli greift das Stichwort Grenzbereich kommunaler Aufgaben auf. Seiner Meinung nach wälze das Land die finanziellen Pflichten auf die Kommunen ab. Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sei sehr wichtig. Der Präsenzdienst sei ein Erfolgsmodell. Persönlich habe er dessen Auftreten als vorbildlich erlebt, es werde sehr gute Arbeit geleistet. Er erkundigt sich, ob durch den künftigen Einsatz von mehr Personen ein häufigerer Wechsel stattfinde. Seiner Meinung nach werde der städtische Vollzugsdienst durch den Präsenzdienst nicht ersetzt. Dieser müsse zusätzlich aufgestockt werden. Überraschend sei für ihn die Erkenntnis, dass 50% der Müllsünder von außerhalb kämen. Man müsse die Standorte der Müllcontainer überdenken. Er fragt, wer die Bußgelder einnehme.

OB Fettback antwortet, dass die Bußgelder von Müllsündern an das Landratsamt gingen.

StR Lemli ist trotzdem überzeugt, dass die Kosten für den Präsenzdienst durch die Verhinderung von Beschädigungen aufgewogen werden.

StR Zügel betont, dass Sicherheit ein weicher Standortfaktor sei und für eine Stadt extrem wichtig sei. Er zolle der Verwaltung Respekt für diese elegante Lösung.

StR Späh hält es für bedenklich, dass sich der Bundesgrenzschutz, der für das Bahngelände zuständig sei, verabschiede. Dagegen sei der Aufbau des Präsenzdienstes für Biberach positiv. Die Tatsache, dass Müllsünder ermittelt werden konnten, habe einen Abschreckungseffekt. Beim Präsenzdienst sei eine dauerhafte Beschäftigung wichtig wegen der Erfahrung, die dieser Bereich verlange.

Für StR Funk ist die Fortsetzung des Präsenzdienstes keine Frage. Er schließe sich der Äußerung von StR Zügel an. Im Gegensatz dazu sei es für ihn jedoch fraglich, ob es sich um eine kommunale Aufgabe handle. Er bittet um nähere Erläuterungen, wie die Fortsetzung des Präsenzdienstes hinsichtlich der Auswahl der Beschäftigten geplant sei. Mit dem Landratsamt müsse man hart verhandeln über eine Rückzahlung der eingenommenen Gebühren an die Stadt.

OB Fettback bestätigt, dass es sich hier um eine komplizierte Materie handle. Teilweise stünden die Bußgelder dem Landkreis zu, teilweise der Stadt. Bei dem derzeitigen Aufgabengebiet würde sich deshalb ein Vollzugsbeamter für die Stadt nicht rechnen. Denkbar wäre aber durchaus, bei

beratungsresistenten Gruppen künftig die Polizei zu rufen, die die Personalien feststelle, und im Nachhinein die Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Für die Kontrolle von Wegen und Plätzen wegen Ruhestörung sei die Stadt verantwortlich. Dagegen sei für den Bahnhof eindeutig die Bahn zuständig. Diese habe aber beschlossen, den Bahnhof zu schließen. Aufgrund der Verhandlungen habe man von der Bahn 5.000 € und verlängerte Öffnungszeiten bekommen.

Herr Maucher informiert, dass die Details mit dem Dornahof noch nicht besprochen seien. Er gehe jedoch davon aus, dass eine monatliche, punktgenaue Abrechnung der Kosten erfolge. Es liege auch im Interesse des Dornahofes, möglichst wenig Fluktuation zu haben, da die Beschäftigten gründlich geschult würden. Die ursprünglich angesetzten 3.000 € Regiekosten seien zunächst eine Hausnummer gewesen. Man habe festgestellt, dass dieser Betrag nicht auskömmlich sei. Er werde das Lob an alle Beteiligten weitergeben. Da durch den Präsenzdienst der Vandalismus gegen Null gehe, werde der Bundesgrenzschutz wohl auch nicht mehr nach Biberach kommen. Arbeitslose nach SGB III seien Arbeitslosengeld-I-Bezieher. Hier sei die Bezuschussung geringer. Für Verhandlungen mit dem Landratsamt über die Rückzahlung von Bußgeldern sehe er keine Erfolgchance.

Es folgt die Abstimmung. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, entsprechend der Beschlussvorlage zu beschließen.

TOP 2 Verschiedenes: Baumaßnahmen IZBB

StR Späh erkundigt sich, ob man mit den Baumaßnahmen im Rahmen des IZBB im Zeitplan liege.

BM Ogertschnig bestätigt dies.

Hauptausschuss, 08.11.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Stolz
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig